

Beschluss (vorläufig) 4 - Solidarität sichern

Gremium: LDK Siegen
Beschlussdatum: 10.12.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Programm zur Landtagswahl 2022

Text

1 Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu
2 zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung
3 füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben über Grenzen hinweg. So stark unser
4 Streben nach individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr
5 brauchen wir auch unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu
6 entfalten. Das gilt besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für
7 NRW nicht neu, hier standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um
8 eine neue Politik, die aus dem "Wir" Wirklichkeit macht.

9 Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein
10 Mensch in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von der eigenen Arbeit leben und
11 eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem jede*r eine Chance auf dem
12 Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes Mal. Ein Land ohne
13 Barrieren, in dem alle Menschen mit oder ohne Beeinträchtigung gemeinsam leben
14 und teilhaben können. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen
15 Regionen der Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind.

16 Unser Gesundheitssystem ist im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Doch
17 es ist nicht gut genug, solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer
18 arbeiten, selbst dabei krank werden weil es in Teilen zu Überlastung und
19 Unterversorgung kommt. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen
20 in den Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige
21 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom
22 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit
23 gilt für alle gleichermaßen, unabhängig vom Versicherungsstatus.

24 Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige
25 Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und
26 so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und
27 auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger*innen ist
28 es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit
29 wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und
30 Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das
31 Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein
32 Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind
33 Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer
34 belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie
35 stark für ihre Bürger*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln,
36 damit NRW in die Zukunft investiert.

37 **Wir arbeiten entschlossen gegen Armut**

38 **Armut spürbar reduzieren**

39 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
40 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress
41 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
42 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und die Ausgestaltung des
43 Bürgergelds zur Überwindung des Hartz-IV-Systems ist der Bund zuständig. Aber
44 gemeinsam mit den Akteuren aus der Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und
45 Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen und den Betroffenen wollen wir Armut
46 spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir Verantwortung: Wir sorgen für gute
47 Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten können. Wir unterstützen ehemals
48 Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in der Arbeitswelt Fuß zu fassen und
49 wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur Schuldner- und
50 Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen. Vor allem
51 stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele
52 Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und
53 gute Arbeitsbedingungen.

54
55 Menschen in prekären Lebensverhältnissen sind von gesellschaftlichen Krisen und
56 Veränderungen wie der Corona-Pandemie und dem Klimawandel besonders betroffen.
57 Damit Kommunen besser ganzheitliche Maßnahmen zur Armutsprävention,
58 Gesundheitsförderung und Klimafolgenanpassung entwickeln können, unterstützt das
59 Land sie bei der kommunalen Sozial- und Stadtentwicklungsplanung.

60 **Pakt gegen Kinderarmut**

61 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu
62 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund*innen nicht nach Hause zum Essen
63 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein
64 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig
65 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden
66 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu
67 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen
68 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit
69 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen,
70 Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den
71 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Durch die Einführung der
72 Kindergrundsicherung werden finanzielle Mittel bei den von Armut betroffenen
73 Kindern endlich ankommen. Gemeinsam mit der Bundesregierung werden wir dafür
74 sorgen, dass die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets von Eltern auch
75 abgerufen werden. Dafür wirken wir an der Umsetzung des Kinderchancenportals
76 mit, durch das die Mittel für Kinder einfacher zugänglich sind. Wir stärken
77 außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und schaffen
78 so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

79 Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut 80 betroffen sind

81 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht
82 jede*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.
83 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in
84 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung
85 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also
86 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre
87 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die von Jugendlichen und jungen
88 Erwachsenen für Freizeitangebote aufgesucht werden. Bei Bedarf vermitteln sie an
89 geeignete Beratungsangebote. Hierzu zählt vor allem die Jugendberufshilfe. Sie
90 berät ganzheitlich mit dem Schwerpunkt berufliche Entwicklung, nimmt aber auch
91 Wohnungsprobleme und psychosoziale Schwierigkeiten in den Blick. Dieses Angebot
92 wollen wir ausbauen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir
93 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die
94 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

95 Schuldner*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen 96 optimieren

97 Wir optimieren die Schuldner*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen
98 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage
99 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen
100 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem
101 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der
102 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der
103 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die
104 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die
105 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen
106 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide
107 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen, auch gescheiterte
108 Gewerbetreibende unterstützen und werden die Trennung schnellstmöglich beenden,
109 so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht. Die Einleitung eines
110 Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte Mittel sein. Stattdessen
111 ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden. Dazu tragen auch und
112 gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder Arbeitsagenturen bei.
113 Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung dieser Gläubigergruppen
114 kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss auf die Gläubiger hat,
115 ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und
116 Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem Qualitätsstandards für
117 die Arbeit der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung.

118 Wir machen Wohnungspolitik für alle

119 Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW

120 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.
121 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den

122 Ballungsgebieten stark angespannt, so dass es dort zu akuter Wohnungsnot kommt.
123 Deswegen werden wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um im
124 bestehenden preiswerten Wohnungsbestand Mietpreissteigerungen zu begrenzen und
125 den Mieterschutz zu stärken. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Anzahl der
126 geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die Mietpreisbindungen für sie
127 ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns entgegen und unterstützen
128 Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu verlängern und auch neue Bindungen
129 zu kaufen. Mieterschutzbestimmungen wie die Mietpreisbremse und die
130 Kappungsgrenze weiten wir aus, um Mieter*innen vor Luxussanierungen und starken
131 Mietpreissteigerungen zu schützen. So sichern wir preisgünstigen Wohnraum. In
132 Gebieten, in denen der Wohnungsmarkt angespannt ist, beschränken wir die
133 Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, damit der Wohnraum bezahlbar
134 bleibt und diejenigen, die in Mietwohnungen wohnen, nicht durch die Umwandlung
135 in Eigentumswohnungen verdrängt werden.

136 Außerdem wollen wir die Fördermittel für den Bau von neuen sozialen und
137 preiswerten Wohnungen erhöhen. Wir sorgen mit attraktiven Zinsbedingungen und
138 Tilgungsnachlässen für eine Option deutlich längerer Mietpreisbindungen. Unser
139 Ziel ist die Schaffung von deutlich mehr günstigen Wohnungen pro Jahr durch
140 Neubau und Umnutzung. Dazu gehört auch die Förderung von Werkswohnungen zum
141 Beispiel für die Unterbringung von Pflegekräften.

142 Hierfür fehlt es den Kommunen an eigenem Grund und Boden. Wir werden sie
143 rechtlich und finanziell in die Lage versetzen, eine vorsorge Grundstückspolitik
144 betreiben zu können. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach
145 dem Höchstgebot, sondern nach sozialen, inklusiven, städtebaulichen,
146 ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben werden. Wir bevorzugen
147 kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen
148 und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen und fördern die
149 Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. So bleibt die Bodennutzung
150 langfristig sozial. Die sozialgerechte Bodennutzung soll als Staatsziel in die
151 Landesverfassung aufgenommen werden. Neue Wohnungen sollen direkt klimaneutral
152 gebaut und vorhandene modernisiert werden, um Klimaschutz auch im Gebäudebereich
153 wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent gefördert werden und damit sozial
154 gerecht geschehen. Neben der Förderung von energetischer Modernisierung durch
155 den Bund werden wir daher die Förderprogramme des Landes ausweiten. Auch stärken
156 wir die Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir
157 wieder klare Standards für barrierefreien Wohnraum sowie barrierefreie
158 Quartiere/Stadtteile in die Landesbauordnung aufnehmen und bei Neubauten
159 standardmäßig für unter anderem rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen. Die
160 Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet uns dazu,
161 selbständiges Wohnen mit begleitender Unterstützung und Pflege auch dann zu
162 ermöglichen, wenn eine Heimunterbringung günstiger wäre.

163

164 Wir stehen an der Seite von Mieter*innen, die Angst haben müssen, aus ihren
165 Quartieren verdrängt zu werden. Deshalb werden wir dafür eintreten, dass die
166 Kommunen das Instrument der sozialen Erhaltungssatzung schneller, effektiver und
167 rechtssicher einsetzen können.

168 Quartiere und Nachbarschaften für alle Generationen

169 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich
170 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne
171 Oasen mit fußläufiger Erreichbarkeit für alle, gute Versorgungsstrukturen und
172 die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen, schaffen Lebensqualität und fördern
173 die Gesundheit. Ältere Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen finden
174 Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung und Beratung, die zu ihrer
175 jeweiligen Situation passt.. Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten
176 Gestaltungsräume. Plätze und Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung.
177 Barrierefreie Wohnungen, Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und
178 ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals wohnungslose Personen – werden
179 ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle Generationen ist fußgängerfreundlich,
180 barrierefrei und trägt damit zur öffentlichen Gesundheit ("Public Health") bei.

181 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein
182 einheitliches Förderprogramm "Quartier inklusiv", das die verschiedenen Bereiche
183 umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“
184 (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden
185 dabei unterstützt. Dadurch werden Senior*innen im Quartier integriert, was
186 Einsamkeit lindert und auch gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept
187 muss sowohl in Großstädten, als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir
188 fördern den Einsatz von technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von
189 Beeinträchtigungen und setzen Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen,
190 digitale Kommunikations- und Informationstechnologien zu nutzen.
191 Vereinsamung und Armut bestimmen die Lebenssituation vieler älteren Menschen.
192 Soziale Netze und Treffpunkte, soziale und kulturelle Angebote im Quartier sowie
193 digitale Vernetzungsstrukturen und Mobilität tragen zur Teilhabe am Leben bei.
194 Diese werden wir ebenso unterstützen und fördern wie die Arbeit der Selbsthilfe
195 und Vereine.

196 Landesinitiative "Mehr Platz zum gemeinsamen Spielen"

197 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb
198 der Wohnung mit Freund*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball
199 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit
200 unserem Förderprogramm "Mehr Platz zum Spielen inklusiv" können Kommunen bereits
201 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz- oder Skateplätze) im öffentlichen
202 Raum erhalten und barrierefrei für das gemeinsame Spielen von Kindern mit und
203 ohne Beeinträchtigung ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre
204 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.
205 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss
206 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie
207 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

208 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit

209 Wohnen ist ein Menschenrecht! Dem werden wir in der kommenden Legislaturperiode
210 Geltung verschaffen, indem Menschen in ihren Wohnungen bleiben können oder
211 wieder ein Zuhause bekommen. Wir versetzen die Kommunen in die Lage frühzeitig
212 und effektiv Maßnahmen gegen drohende Wohnungslosigkeit zu ergreifen. Wir stärken

213 den öffentlich geförderten Wohnungsbau und unterstützen die Kommunen beim Kauf
214 von Belegungsrechten unter anderem für diejenigen, denen die Zugänge zum freien
215 Wohnungsmarkt erschwert werden. So erreichen wir, dass auch Personen mit geringem
216 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.

217
218 Mit einem landesweiten Aktionsplan, der bestehende Förderprogramme zusammenführt
219 und bedarfsgerecht ergänzt tragen wir als Land NRW zum EU-Ziel bei, bis 2030
220 Obdachlosigkeit zu überwinden. Menschen, die bereits wohnungslos sind, wollen
221 wir wieder eine dauerhafte, menschenwürdige Unterbringung verschaffen. Gemeinsam
222 mit ihnen müssen, ausgehend von ihrer jeweiligen aktuellen Lebenslage, Maßnahmen
223 entwickelt werden, die ihnen den Weg in ein eigenständiges und selbstbestimmtes
224 Leben ebnet. Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für
225 Wohnungslose gibt, bauen wir sie bedarfsgerecht aus. Dazu gehören unter anderem
226 spezielle Angebote für Frauen, Haustierbesitzer*innen, queere Menschen und
227 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus unterstützen wir
228 Familien, die wohnungslos geworden sind oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind.
229 Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser familiären Notlage Schutz und
230 Unterstützung. Der Ansatz "Housing first" bedeutet, Wohnungslose, ohne in
231 Deutschland übliche Vorbedingungen wie "Trainingswohnen", in eine normale
232 Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden persönliche Hilfen angeboten. Dadurch
233 können sich die Betroffenen stabilisieren und wieder ein selbstbestimmtes Leben
234 führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die
235 sie häufig im Tausch für Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir werden
236 "Housing first" in ganz NRW bedarfsgerecht ausweiten und soziale Träger und
237 Kommunen dabei unterstützen, geeignete Wohnungen aufzukaufen und z.B. auch für
238 begleitete selbstverwaltete Wohnprojekte dauerhaft zur Verfügung zu stellen.
239 Zudem wollen wir für wohnungslose Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf
240 ein selbstbestimmtes Wohnen in der eigenen Wohnung im Quartier ermöglichen und
241 unterstützende Wohnprojekte fördern.

242 **Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne**

243 **Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken**

244 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir
245 unterstützen Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen keine oder nur
246 geringe Einstiegschancen in den ersten Arbeitsmarkt haben über den sogenannten
247 „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder Fuß fassen können. Um
248 die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu stabilisieren und ihnen die nötige
249 Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine staatlich unabhängige
250 Beratungsstruktur auf Augenhöhe. Die Arbeit der Arbeitslosenzentren und
251 Erwerbslosenberatungsstellen werden wir bedarfsgerecht weiter finanzieren.

252 Menschen mit Behinderungen haben deutlich geringere Chancen einen geeigneten
253 Arbeitsplatz zu finden und tragen daher ein überproportional größeres Risiko,
254 auch langfristig arbeitslos zu sein als Menschen mit der gleichen Qualifikation
255 ohne Behinderungen. Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem
256 selbstverständlich Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam arbeiten wenn sie
257 dies wünschen. Wir streben eine faire Entlohnung für die Arbeit in den
258 Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) an. Für die konkrete Umsetzung
259 erwarten wir Impulse aus dem noch laufenden, bundesweiten Beteiligungsvorhaben

260 zur Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen
261 Entgeltsystem in den WfbM. Die Angebote von Werkstätten für behinderte Menschen
262 (WfbM) werden wir stärker auf die Integration sowie die Begleitung von
263 Beschäftigungsverhältnissen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausrichten. Darüber
264 hinaus entwickeln wir die Teilhabeangebote auch für diejenigen weiter, deren
265 Ziel nicht oder nicht nur die Teilhabe am Arbeitsleben ist.

266 Wir machen die Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung
267 Schwerbehinderter zum notwendigen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher
268 Aufträge. Für die Landesverwaltung streben wir an, deutlich mehr
269 schwerbehinderte Menschen als bisher zu beschäftigen. Gleichzeitig senken wir
270 die Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe
271 erhalten Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber*innen mit
272 Behinderung ‚zuschneiden‘ können. Wir erleichtern die Rahmenbedingungen für
273 „Inklusionsbetriebe“, fördern aktiv deren Gründung. Inklusionsbetriebe sind
274 Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die zwischen 30 und 50 Prozent
275 Menschen mit Behinderungen beschäftigen.
276 Für Personen, die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll
277 die Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die
278 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

279 Faire Arbeitsbedingungen stärken

280 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die
281 Betonbauer*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und
282 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen
283 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch
284 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend
285 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte
286 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt
287 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der
288 Landesverwaltung wie Reinigungskräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter
289 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-
290 Mindeststandards müssen auch für die EU-Arbeitnehmer*innen gelten, die auf den
291 Feldern, in den Fleischbetrieben oder der Logistik usw. in NRW arbeiten.
292 Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeit der Einrichtungen der fairen Mobilität
293 in NRW. Wir verbessern den Arbeitsschutz durch mehr finanzielle und personelle
294 Ressourcen, um ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen. Arbeitsfreie
295 Sonntage sollen die Regel sein. Deshalb werden wir das Ladenöffnungsgesetz (LÖG
296 NRW) anpassen.

297 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation

298 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,
299 familien- und pflegefreundlich zu werden. Das Recht auf Homeoffice wird
300 unterstützt und in dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen
301 einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und
302 lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung
303 von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für
304 Landesbeamt*innen umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen Lebensphasen
305 angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen zum Beispiel mehr Zeit haben, um

306 ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit erleichtern wir.
307 Viele fitte Senior*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich sinnvoll zu
308 betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

309 **Wir investieren in Gesundheit und Pflege**

310 **Gesundheitsprävention stärken**

311 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend
312 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem
313 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und
314 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir legen Wert auf einen breiten
315 Impfschutz und unterstützen zielgruppengerechte Aufklärungskampagnen, z.B. zu
316 sexuell übertragbaren Krankheiten. Einsamkeit und Stress prägen den Alltag
317 vieler Menschen und gefährden ihre Gesundheit. Die frühe Vermittlung von
318 Kompetenzen zur psychischen Gesundheit wollen wir daher durch eine Kampagne
319 unterstützen. Zur Gesundheitsprävention gehört aber auch der Schutz des Klimas,
320 gesunde Atemluft sowie gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung.

321 **Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für** 322 **Gesundheitsregionen**

323 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute
324 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in
325 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung
326 durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden
327 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute
328 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können gemeinwohlorientierte,
329 interprofessionelle Gesundheits- und Pflegezentren errichten. Diese Initiativen
330 wollen wir als Modellprojekte fördern und damit die Zusammenarbeit der
331 verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Deutschlandweit fehlen gerade in
332 ländlichen Bereichen Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden.
333 Andererseits gibt es Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe
334 so selten durchführen, dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit
335 hohen Fallzahlen nicht mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass
336 Patient*innen im Notfall oder bei Beginn einer Geburt in kürzest möglicher Zeit
337 ein Krankenhaus erreichen können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher
338 Hand eine wichtige Rolle spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen
339 und wenn möglich Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand überführen. Für
340 planbare, komplexere Eingriffe ist die Fahrzeit weniger ausschlaggebend.
341 Wichtiger ist es, dass eine durchgehend gute Qualität in der Versorgung
342 angeboten wird, die sowohl das subjektive Wohlbefinden von Patient*innen als
343 auch die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten umfasst. Wir planen die
344 Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit ambulanten
345 Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten oder
346 Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter
347 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt. Weiterhin wird beim (Um-
348)Bau von Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen der Hitze-
349 und Klimaschutz berücksichtigt.

350 Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen 351 Gesundheitsdienst stärken

352 Es ist das vorrangige Ziel aller Aktivitäten und Maßnahmen im Bereich
353 öffentlicher Gesundheit, Bedingungen zu schaffen, in denen möglichst alle
354 Menschen gesund leben können. Psychiatrische Hilfen und Hilfen für suchtkranke
355 Menschen sind zentrale Teilbereiche eines umfassenden Verständnisses des
356 Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). Der ÖGD führt
357 Schuleingangsuntersuchungen durch, bietet Impfungen an und ist verantwortlich
358 für den Infektionsschutz. Die Mitarbeitenden im Gesundheitsamt koordinieren und
359 leisten psychosoziale Hilfen. Sie überwachen die Qualität des Trinkwassers,
360 beraten zu Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-
361 Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet
362 aber unter langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und
363 Personalmangel. Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den
364 ÖGD an und etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal.
365 Wir stärken die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit Wir werden die
366 Strukturen zur Bekämpfung von Pandemien deutlich verbessern und dazu den
367 Pandemierahmenplan überarbeiten, damit dieser Mechanismen wie feste Krisenstäbe,
368 wissenschaftliche Beratung, die Einrichtung von Pandemieräten, regelmäßige
369 Anpassungen sowie viele präventive Maßnahmen enthält. Ein gestärkter
370 öffentlicher Gesundheitssektor wird die Funktionsfähigkeit von Meldesystemen,
371 die Bevorratung von Schutzmaterial und viele weitere Faktoren überwachen. Wir
372 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und
373 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch
374 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und
375 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und
376 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie
377 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention
378 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

379 Psychische Gesundheit verbessern

380 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
381 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid lindert. Schon seit mehreren Jahren
382 existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und ihre
383 Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des
384 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale
385 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung
386 u. a. durch mehr psychotherapeutische Kassenzulassungen, die sich am
387 tatsächlichen Bedarf orientieren, zu verkürzen und Zwangseinweisungen in
388 psychiatrische Kliniken zu reduzieren. Digitale Bausteine wie Videosprechstunden
389 ergänzen die Angebote. Wir unterstützen ein gleichberechtigtes Miteinander von
390 Betroffenen, Angehörigen und Fachkräften und beziehen Menschen mit
391 Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein und setzen uns für
392 eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen ein. Wir stärken die
393 Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie ab.
394 Menschen mit psychischen Erkrankungen wollen wir die Übersicht über vorhandene
395 Therapie- und Hilfsangebote z.B. durch eine Informationsplattform in Kooperation
396 mit Kommunen und Kassenärztlichen Vereinigungen erleichtern.

397 Für eine inklusive und diskriminierungsfreie
398 Gesundheitsversorgung

399 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die
400 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.
401 Viele Geflüchtete, Obdachlose, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte
402 sind nicht krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall
403 gehört jedoch zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die
404 Kommunen dabei unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern
405 und den „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“
406 flächendeckend aus und sichern deren Finanzierung. Sie helfen, den
407 Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit Behinderungen besser zu
408 versorgen, entwickeln wir gemeinsam mit Fachleuten und Betroffenen einen
409 ressortübergreifenden Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut und
410 die Inklusionsforschung stärkt. Wir machen verbindliche Vorgaben zur
411 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und sorgen für mehr Flexibilität und
412 Patient*innenorientierung bei Therapie- und Heilmittelversorgung.
413 Diskriminierende Strukturen und Praktiken im Gesundheitssystem untersuchen wir
414 systematisch, um Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Diskriminierungssensibilität soll
415 Teil der Aus-, Fort- und Weiterbildung in den medizinischen und
416 Gesundheitsberufen werden.

417 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und
418 Selbstbestimmung fördern

419 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen
420 „Normkörper“ ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht
421 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere
422 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil
423 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann
424 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien
425 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die
426 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten
427 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die
428 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem
429 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet
430 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in
431 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die
432 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das
433 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um
434 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich
435 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah
436 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas
437 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.
438 Sexuelle Gesundheit ist komplex und oft mit Berührungspunkten verbunden. Deshalb
439 werden wir uns für interdisziplinäre Zentren für sexuelle Gesundheit einsetzen.
440 Diese sollen den gesamten Bereich der sexuellen Gesundheit abdecken, von der
441 Testung sexuell übertragbarer Krankheiten bis hin zu Beratungs- und
442 Bildungsangeboten, zum Beispiel über Schwangerschaft und
443 Schwangerschaftsabbrüche. Zur Bildung solcher Zentren sollen bereits bestehende

444 Strukturen genutzt werden. Die Zusammenarbeit von Kliniken, Aidshilfen, den
445 Gesundheitsämtern und anderen Initiativen, Vereinen und Verbänden, die sich
446 bereits mit sexueller Gesundheit beschäftigen, stärken wir durch eine
447 planungssichere staatliche Förderung.

448 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen

449 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein - das wünschen sich viele
450 Menschen im Alter. Pflege muss die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention
451 erfüllen, kultur- und LSBTIQ*-sensibel (LSBTIQ* steht für Lesben, Schwule,
452 Bisexuelle, Trans*-, Inter*- und queere Menschen) ausgerichtet sein. Das Angebot
453 ist aber vielfach noch geprägt durch Großheime. Anstatt sie weiter auszubauen,
454 setzen wir auf Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit einem
455 umfassenden Pflegeangebot und neuen Versorgungsformen im Quartier. Über den
456 Ausbau ambulanter Pflege sowie der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und
457 Angebote wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, sichern wir Pflege
458 rund um die Uhr ab. So entlasten wir auch pflegende Angehörige, die noch immer
459 den Großteil der Pflege und Unterstützung erbringen.

460 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre
461 Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse
462 der Bevölkerung gestalten, so dass vorrangig freigemeinnützige und kommunale
463 Träger berücksichtigt werden. Bisher geschieht der Ausbau von Pflegeplätzen zu
464 oft durch große Investoren, die in renditeträchtige Anlagen investieren. Von der
465 Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der
466 Pflegekosten - ambulant wie stationär - wird gedeckelt und dadurch planbar und
467 bezahlbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine
468 bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung. Wir werden uns zur
469 Erreichung dieser Ziele aktiv in die bis 2023 abzuschließende Ausgestaltung der
470 Pflegeversicherung einbringen. Gute Pflege gelingt nur mit gut qualifiziertem
471 Personal, besseren Arbeitsbedingungen, einer angemessenen Bezahlung und mit
472 verbessertem Personalschlüssel für alle Berufsgruppen in der Pflege,
473 Hauswirtschaft und im Sozialen Dienst. Deshalb müssen wissenschaftlich
474 fundierte, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären sowie
475 in der Langzeitpflege, vollumfänglich umgesetzt werden, um mehr Zeit für eine
476 ganzheitliche Versorgung schaffen. Wir bauen die Zahl der Ausbildungsplätze für
477 Fach- und Assistenzkräfte weiter aus. In NRW verbessern wir die Pflegeausbildung
478 auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden unterrichten und die
479 Praxisanleitungen in den Betrieben gestärkt werden. Gemeinsam mit dem Bund
480 setzen wir auf die weitere Akademisierung in der Pflege, die mit einer echten
481 Übertragung von Aufgaben einhergehen muss. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte
482 die Pflegekammer auf. Ein Prozess der nur mit breiter Zustimmung und
483 demokratischer Legitimation Erfolg haben kann. Dabei müssen Kosten und Nutzen
484 durch echte Mitspracherechte in Einklang gebracht werden. Wir werden den Dialog
485 zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen Berufskammern
486 unterstützen, um gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu
487 sorgen.

488 Drogen- und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung

489 Eine moderne Drogen- und Suchtpolitik setzt weitestmöglich auf Selbstbestimmung,
490 klärt über Risiken auf und hilft substanzabhängigen Menschen, Schäden durch
491 riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und Jugendliche werden besonders
492 geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist aber ungeeignet: Zurzeit
493 erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf dem Schwarzmarkt. Und
494 Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden bevormundet und
495 kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies zulassen, werden wir in
496 NRW die kontrollierte Abgabe an volljährige Konsument*innen zügig und aktiv
497 begleiten. Ein besonderes Augenmerk legen wir neben klassischer Spielsucht auch
498 auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von denen besonders jüngere Menschen
499 betroffen sind, wie zum Beispiel Onlinesucht. Dabei müssen Jugend-, Suchthilfe
500 und Gesundheitssystem zielgruppenspezifisch kooperieren sowie Betroffene und
501 Angehörige einbeziehen. Die Therapieübergänge wollen wir verbessern. Wir
502 begegnen den rechtlichen Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn
503 notwendig mit Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen
504 dabei, dass Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés und Konsumräume
505 weiterhin gefördert und deren Standorte gesichert bleiben, . Die
506 zielgruppenspezifischen Hilfeangebote und zielgruppenspezifischen Hilfeangebote
507 und Beratungsstrukturen stärken wir.

508 **Wir haushalten verantwortungsbewusst und** 509 **investieren in unsere Zukunft**

510 Verantwortungsbewusst haushalten

511 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur
512 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger*innen umzugehen, eine moderne und
513 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die
514 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu
515 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-
516 Ziel sowie an den sozialen Folgen gemessen werden.

517 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche
518 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine
519 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein
520 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der
521 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für
522 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres
523 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in
524 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten
525 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese
526 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten
527 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2022 die Bewältigung der
528 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern
529 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die
530 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die
531 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen
532 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um

533 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Auch im
534 Landeshaushalt achten wir auf den Schutz des Klimas. Deshalb werden wir einen
535 Klimacheck auch für die Ausgaben des Landes einführen. Die Anlagen des Landes,
536 wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin konsequent auf
537 nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

538 Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

539 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
540 die Konjunkturimpulse mit der ökologisch-sozialen Transformation unseres Landes
541 verbinden. Die öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven
542 Investitionsstau, besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener
543 Kraft nicht bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die
544 Infrastruktur von morgen: bei den Bildungseinrichtungen, der Digitalisierung,
545 der Mobilitätswende, beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen.
546 Diese Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und
547 ihnen Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die
548 verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der
549 Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des
550 Landeshaushalts schaffen.

551 Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

552 Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel
553 verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und – vom
554 Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk – in die kommunale Infrastruktur,
555 investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die
556 Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Damit die Kommunen Förderprogramme
557 abrufen können werden wir sie mit einem angemessenen Anteil an den Kosten für das
558 Projektmanagement im Rahmen der förderfähigen Ausgaben unterstützen. Auch die
559 Steuerausfälle aus der Corona-Krise müssen solidarisch ausgeglichen werden.

560 Es hat sich leider eingespielt, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue
561 Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen
562 die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die
563 lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung
564 dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe
565 definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.

566 Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen
567 sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse
568 für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,
569 damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.
570 Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv
571 macht.

572 Wir wollen die kommunalen Förderprogramme bei der Antragstellung und Abrechnung
573 vereinfachen und sie stärker an Bedarf und Finanzkraft ausrichten.

574 Wir wollen bei der kommunalen Vergabepaxis den Aspekt der Nachhaltigkeit
575 stärken. Hierzu werden wir die rechtlichen Vorgaben anpassen. Zukünftig soll
576 neben der Wirtschaftlichkeit auch der Grad der ökologischen und sozialen
577 Nachhaltigkeit eines Angebots berücksichtigt werden.

578 **Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen**

579 Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100
580 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für
581 gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug
582 entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung
583 ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,
584 dass Meldestellen nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert
585 werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die
586 besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

587 **Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen**

588 Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische
589 Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um
590 diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.
591 Das sind in NRW nicht nur die Kohlereviere, sondern sämtliche Regionen, in denen
592 CO₂-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen
593 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: Die Gelder der EU sind
594 nicht dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen
595 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen
596 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.
597 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch
598 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung
599 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.